

DIE GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATION VON ARBEIT ALS PROBLEM DER SOZIALPOLITIK

Fritz Böhle

1. Ausgangspunkt

Daß zwischen Sozialpolitik und Lohnarbeit ein Zusammenhang besteht, wird in der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit Sozialpolitik kaum bestritten – ja, es kann dies sogar als ein Allgemeinplatz angesehen werden, jedoch mit einer Einschränkung: Einigkeit besteht nur soweit, als dies die historische Entwicklung im 19. und zu Beginn dieses Jahrhunderts betrifft. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand die Vorstellung, die Probleme der industriellen Lohnarbeit seien sozialpolitisch weitgehend bewältigt. Daher ging man davon aus, neue Probleme und Anforderungen an die Sozialpolitik würden sich aktuell und zukünftig überwiegend in Bereichen außerhalb der Lohnarbeit ergeben. Indizien hierfür sah man einerseits in der Veränderung sozialer Risiken und Problemlagen, andererseits in der Ausweitung und Differenzierung sozialpolitischer Institutionen. Eine solche *Deutung* der historischen Entwicklung prägte nicht nur die politische Auseinandersetzung; sie beeinflusste auch nachhaltig sozialwissenschaftliche Forschungsansätze. Erst die Erfahrungen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit haben die Aufmerksamkeit wieder stärker auf den Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit gelenkt. Deshalb scheint es mir angebracht, hier einige Ergebnisse aus einer Richtung von Sozialpolitikforschung vorzustellen, die eine etwas andere als die zuvor erwähnte Interpretation der historischen Entwicklungen nahelegen.¹ *Meine These ist: Die entscheidenden Impulse für Veränderungen in der Sozialpolitik kamen nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern auch in der gesamten weiteren Entwicklung überwiegend aus Problemen der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit als Lohnarbeit.* Ich will dies zunächst in einer kurzen retrospektiven Betrachtung näher erläutern und auf diesem Hintergrund dann eine Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen geben.

2. Zur bisherigen Entwicklung sozialer Problemlagen und Sozialpolitik

1. Lohnarbeit beruht darauf, daß *keine* feste und dauerhafte Eingliederung in einen Arbeitszusammenhang besteht. Die Ausgliederung aus einem Be-

schäftigungsverhältnis ebenso wie die Nichteingliederung sind strukturell untrennbar mit der Lohnarbeit verbunden. Lohnarbeit beruht andererseits aber auch darauf, daß die Sicherung der Existenz von einem Beschäftigungsverhältnis abhängig ist. Es besteht daher auch weitgehend Einigkeit darüber, daß Gefährdungen der *Arbeitsfähigkeit* und -möglichkeit die zentralen Risiken sind, die sich bei und aus Lohnarbeit ergeben. Um die historischen Entwicklungen und d.h. vor allem die *Veränderungen* in der Sozialpolitik zu verstehen, sind hier jedoch drei Differenzierungen notwendig:

Erstens: Die Definition der klassischen sozialen Risiken – wie Krankheit, Erwerbs- und Berufsunfähigkeit, Alter – orientiert sich überwiegend am *physischen* Arbeitsvermögen, d.h. dessen Beeinträchtigung oder Erhaltung. Gerade in den *Anforderungen an das physische Arbeitsvermögen haben sich aber seit Beginn der Industrialisierung durch Mechanisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen massive Veränderungen vollzogen*. Neben der unmittelbaren physischen Beanspruchung wurde zunehmend die psychisch-nervliche Belastbarkeit im Arbeitsprozeß wichtig. Damit veränderte sich auch die konkrete Ausprägung und die Ausbreitung sozialer Risiken (Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Ausgliederung älterer Arbeitskräfte u.ä.). Des weiteren wurden neben der physischen Arbeitsfähigkeit auch *neue und zusätzliche Dimensionen menschlichen Arbeitsvermögens für die Entstehung von Risiken und Veränderungen in der Sozialpolitik wichtig*: Ein Beispiel hierfür ist die berufliche Qualifikation. Sie wird in den 60er Jahren sozialpolitisch als Problem der Anpassung von Arbeitskräften an den wirtschaftlichen Strukturwandel und Veränderungen von Produktionstechniken aufgegriffen. Und schließlich ist zu berücksichtigen: Die Expansion industrieller Produktion erfolgte – trotz aller Mechanisierung und Rationalisierung – überwiegend auf der Grundlage von vergleichsweise arbeitsintensiven Formen der Nutzung von Arbeitskraft, und zwar gerade auch in den neu entstehenden Produktionsbereichen wie der Konsumgüterindustrie und dem Dienstleistungsbereich. *Dies*, d.h. die Art, wie Arbeitskraft im Produktionsprozeß genutzt wurde – und nicht das wirtschaftliche Wachstum als solches –, führte zu einer massiven quantitativen Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskraft. *Daraus ergab sich – neben qualitativen Veränderungen – auch eine massive quantitative Ausweitung der mit Lohnarbeit verbundenen Risiken, wodurch auch maßgeblich der Ausbau der Systeme sozialer Sicherung beeinflusst wurde.*

Zweitens: Mit Lohnarbeit verbindet sich eine *sehr komplexe gesellschaftliche Strukturierung individueller Existenz- und Lebensbedingungen, die weit mehr umgreift als nur die Verrichtung von Arbeit*: Wer seine Existenz durch Lohnarbeit sichern will, muß nicht nur arbeiten können, er muß darüber hinaus auch in der Lage sein, auf dem Arbeitsmarkt seine Interessen durchzusetzen; ferner ist mit Lohnarbeit auch das Angewiesensein auf Fremdleistungen – im Unterschied zur Selbstversorgung – gesetzt; die zum Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen müssen erworben, die Organisation

der sog. privaten Reproduktion hieran ausgerichtet werden. Ich brauche dies hier nicht weiter ausführen und möchte folgende Interpretation zu der bisherigen Entwicklung von Sozialpolitik anschließen. Ein grundlegendes Problem im 19. Jahrhundert ist: Gefährdungen der Arbeitsfähigkeit und eine Unterbrechung der Beschäftigung beinhalten die Gefahr, daß sie auf die *gesamte Lebenssituation* durchschlagen und zu einem Herauskippen aus der Lohnarbeit überhaupt führen. Worum es also von Anfang an in der Sozialpolitik geht, ist die Absicherung der für Lohnarbeit notwendigen Lebensbedingungen. Nur auf diese Weise ist Lohnarbeit als nicht nur marginale, sondern als eine vorherrschende und dauerhafte Form von *Arbeit* gesellschaftlich durchsetzbar. Damit ist aber auch eine Entwicklung eingeleitet, in der sich – gerade eine auf Lohnarbeit bezogene – Sozialpolitik im weiteren Verlauf nicht mehr nur auf das Beschäftigungsverhältnis und den Arbeitsmarkt beschränken kann; *vielmehr muß Sozialpolitik auch andere mit Lohnarbeit verbundene Lebenszusammenhänge einbeziehen, d.h. genauer: das gesamte Spektrum der sowohl marktwirtschaftlichen als auch staatlich-rechtlichen Vergesellschaftung einer mit Lohnarbeit verbundenen Lebensform*. Dabei gilt es zunehmend, sozialpolitische Institutionen hierauf bezogen auszudifferenzieren.

Drittens: Bei Lohnarbeit ist die Sicherung der Existenz von der Verfügung über spezifische, materielle, zeitliche, soziale und personelle Ressourcen abhängig. *Diese werden aber gerade durch Lohnarbeit selbst permanent gefährdet und beeinträchtigt, d.h. insbesondere durch die Art, wie Arbeitskraft von den Betrieben im Produktionsprozeß eingesetzt und genutzt wird*. Ich kann und will hier nicht detaillierter über die Entwicklung von Belastungen und Restriktionen im Arbeitsbereich und deren Auswirkungen referieren; hierzu liegen inzwischen vielfältige Dokumentationen vor. Ich will statt dessen eine mir für die Sozialpolitik sehr wichtig erscheinende Veränderung in der historischen Entwicklung herausstellen: Zu Beginn der Industrialisierung sind Gefährdungen im Produktionsprozeß, ebenso wie deren Folgen, unmittelbar sicht- und erfahrbar, so vor allem hohe physische Belastungen, Unfallgefahren, überlange Arbeitszeiten, niedrige, kaum die Existenz sichernde Löhne. Veränderungen im Produktionsprozeß, gesetzliche und tarifvertragliche Mindestnormen ebenso wie die schärfere zeitliche und soziale Trennung zwischen Arbeitsbereich und anderen Lebensbereichen, bringen es jedoch mit sich, daß im weiteren Verlauf die *Gefährdungen im Arbeitsprozeß zwar nicht weniger gravierend, aber subtiler werden und im Arbeitsprozeß zumeist latent bleiben*. Sie manifestieren und aktualisieren sich überwiegend außerhalb des Produktionsbereichs; prägen damit nachhaltig die Aktivitäts- und Handlungsspielräume in anderen Lebenszusammenhängen, was jedoch immer schwieriger als Folge von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen erkennbar und nachweisbar wird.

Ein erstes Resümee: Sozialpolitik – so läßt sich zeigen – hat sich seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert *nicht* von Problemen der Lohnarbeit emanzi-

piert. Umgekehrt: Die gesellschaftliche Organisation von Arbeit als Lohnarbeit hat sich von einer zunächst eher marginalen zu einer gesellschaftlich vorherrschenden Strukturierung von Lebenszusammenhängen entwickelt; ein Prozeß, der auch mit einer Ausdifferenzierung und partiellen Autonomisierung unterschiedlicher Lebensbereiche verbunden war. Daraus – und dies ist hier entscheidend – ergaben sich auch neue und veränderte Anforderungen an die Sozialpolitik, die ihrerseits wiederum zur Ausweitung und Ausdifferenzierung sozialpolitischer Institutionen führten und die letztlich den modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaat, wie er sich heute darstellt, hervorbrachten.

2. Kennzeichnend für Sozialpolitik ist aber nicht nur, daß sie sich auf Voraussetzungen und Folgen der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit als Lohnarbeit bezieht. Charakteristisch ist auch das *Wie*, also *in welchen Formen* dies geschieht. Für das Verständnis der historischen Entwicklung scheint mir hier wichtig: Im 19. Jahrhundert steht bei der Auseinandersetzung mit der Arbeiter- bzw. der sozialen Frage im Zentrum der Sozialpolitik das *Arbeitsverhältnis*; im weiteren Verlauf verlagert sich das Schwerkgewicht der Sozialpolitik jedoch auf die Bewältigung von Risiken *außerhalb* des Produktionsbereichs. *Damit entwickelt sich Sozialpolitik in eine Richtung, in der nicht nur wichtige Ursachen für die Entstehung von Risiken aus dem Blickfeld geraten. Es wurde darüber hinaus auch der Produktionsbereich sozialpolitisch entproblematisiert*; sozialpolitische Auseinandersetzungen wurden vom Produktionsprozeß abgezogen und auf andere gesellschaftliche Bereiche verlagert. Damit verbinden sich u.a. auch manifeste politische Interessen: In der politischen Auseinandersetzung wird im 19. Jahrhundert der Aufbau der Sozialversicherung explizit als eine Alternative zu einem Ausbau des Arbeitsschutzes, d.h. der Regelung von Arbeitsbedingungen und des Arbeitsverhältnisses favorisiert. Auch in den 20er Jahren war die Entscheidung für die Sozialversicherung zugleich eine Entscheidung gegen den Arbeitsschutz. Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen blieben zwar weiterhin im Blickfeld der Sozialpolitik – insbesondere im Bereich des Gesundheitsschutzes. Jedoch wurden diese Entwicklungen nicht nur gebremst und verzögert. *Noch viel folgenreicher war, daß Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zunehmend nur mehr zu einem spezialisierten Teilgebiet der Sozialpolitik wurden.* Ja, es wurde schließlich die mit Lohnarbeit verbundene Sozialpolitik nur mehr hiermit identifiziert. Zugleich – und dies möchte ich als weiteres herausstellen – wurden Prinzipien sozialer Sicherung institutionalisiert, die eine Rückbindung der Sozialpolitik an die gesellschaftliche Organisation von Arbeit als Lohnarbeit garantieren, und zwar unabhängig davon, ob dies in der jeweils aktuellen politischen Auseinandersetzung auch beabsichtigt wurde. Charakteristisch ist hier: Sozialpolitisch gewährte Leistungen orientieren sich in ihrem Inhalt und ihrer Form nach an der durch Lohnarbeit vorgezeichneten Organisation materieller und sozialer Sicherung. Wenn Einkommen nicht durch Erwerbsarbeit gesichert werden kann, stellt Sozialpolitik nicht Produktionsmittel

oder Vergleichbares zur Verfügung; was gewährt wird, sind *monetäre* Leistungen im Sinne eines Lohnersatzes. Sofern Dienst- und Sachleistungen bereitgestellt werden, handelt es sich um eine Ergänzung marktwirtschaftlicher Versorgung; die Abhängigkeit von „Fremdleistungen“ wird hierdurch nicht verändert, lediglich die Formen des Erwerbs und ihrer Nutzung sind unterschiedlich. Ich will es bei diesen Hinweisen belassen. Entscheidend ist: Auch wenn sich Sozialpolitik mittlerweile in vielfältigen Formen darstellt, weisen diese ein gemeinsames Merkmal auf: *durch sozialpolitisch gewährte und organisierte Leistungen werden und wurden bislang keine zur Lohn- und Erwerbsarbeit alternativen und von ihr unabhängigen Produktions- und Lebensformen geschaffen oder zumindest Voraussetzungen hierfür abgesichert*. Im Gegenteil: Wer *nicht* in ein Beschäftigungsverhältnis eingegliedert ist und auch über sonst keine andere materielle Sicherung verfügt, der soll, *zumindest der Form nach*, wie jemand leben, der einer abhängigen Beschäftigung nachgeht. Jedoch – und dies ist ein weiteres Merkmal –, es soll ihm dabei in jedem Fall und teilweise erheblich schlechter gehen, durch finanzielle Einbußen bis hin zum Erleiden besonderer bürokratischer Kontrollen. Dabei läßt sich ein vergleichbar simples Prinzip ausmachen: Je *geringer* die Nähe zu einem Beschäftigungsverhältnis, um so *größer* die Abstufung und Diskriminierung durch die soziale Sicherung. *Mit dieser Verkopplung von formaler Angleichung und faktischer Differenzierung trägt Sozialpolitik wesentlich dazu bei, die durch Lohnarbeit geprägten und für sie notwendigen Lebens- und Reproduktionsformen als Normalitätsstandards gesellschaftlich zu institutionalisieren*.

In dieser Perspektive läßt sich die Geschichte der Sozialpolitik auch als eine Geschichte der Transformation, Kanalisierung und Kontrolle *anderer Formen* der Bewältigung von Risiken und Problemlagen nachzeichnen (siehe hierzu auch den Beitrag von B. Riedmüller). Sozialpolitik wird auf diese Weise zu einer wichtigen gesellschaftlichen Instanz, durch die der Arbeitsmarkt reguliert und die Kaufkraft umverteilt wird, sozio-kulturelle Normen der Erwerbsarbeit und Lebensführung gesellschaftlich institutionalisiert werden und letztlich damit die politische und soziale Akzeptanz einer auf Lohnarbeit beruhenden Lebensform gestützt wird.

Mit dieser Interpretation von Sozialpolitik unterstelle ich jedoch keinen platten Funktionalismus oder gar eine prästabilierte Harmonie zwischen den ökonomisch-politischen Interessen von Betrieben und Sozialpolitik. Die Sache ist komplizierter:

Da Sozialpolitik nur partikular und selektiv in einzelne gesellschaftliche Bereiche interveniert, kann sie letztlich auch ihre Wirkungen nicht kontrollieren. *Gerade die Entwicklungen im Produktionsbereich, durch die – wie gezeigt – Sozialpolitik maßgeblich beeinflusst wird, sind – auf der Grundlage der skizzierten Formen von Sozialpolitik – kaum steuerbar und beeinflussbar. Sozialpolitik kann daher auch nicht verhindern, daß sich im Produktionsprozeß Veränderungen abspielen, die auch auf sie selbst zurückzuschlagen, d.h. die zu neuen Anforderungen führen, wie aber auch politisch*

intendierte Wirkungen der Sozialpolitik beeinträchtigen, indem diese in der konkreten Praxis abgewehrt, neutralisiert oder auch gezielt genutzt und funktionalisiert werden.

3. Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklung

Welche Folgerungen ergeben sich aus dieser Betrachtung der bisherigen Entwicklungen für die gegenwärtige Situation und die Zukunft der Sozialpolitik? Ich möchte hierzu drei Thesen formulieren. Vorab eine Vorbemerkung: Seit mehreren Jahren grassiert die Rede von den ökonomischen Grenzen und einer entsprechenden Krise des Sozialstaats. Ich finde dieses Gerede von der *ökonomisch begründeten* Krise des Sozialstaats jedoch so lange ein Ärgernis, als nicht zugleich auch von einer Krise des „Rüstungsstaats“ gesprochen wird oder von anderen Krisen, die offenbar durch Wachstumsengpässe hervorgerufen werden. Ich weigere mich also – auch ohne hier detailliertere Belege vorzulegen –, neue Probleme und zukünftige Entwicklungen in der Sozialpolitik gegenwärtig als Ausdruck von Wachstumsengpässen u.ä. zu diskutieren. Auf diesem Hintergrund nun hierzu meine *erste These*: Nicht die Veränderung des Wirtschaftswachstums ist ein neuartiges Problem für die Sozialpolitik; *neu sind vielmehr die sich gegenwärtig abzeichnenden Veränderungen in der betrieblichen Nutzung von Arbeitskraft im Produktionsprozeß und deren Folgen*. Die zwar seit langem prognostizierte, aber von niemand richtig ernst genommene Tatsache, daß die technischen Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität bislang keineswegs ausgeschöpft wurden, ist spätestens seit Mitte der 70er Jahre ein nicht mehr zu übersehender und wegzudiskutierender gesellschaftlicher Tatbestand. Dies besagt aber auch: Die Verkoppelung von Wirtschaftswachstum und die Ausweitung der Beschäftigung – wie sie in der bisherigen Entwicklung zutrafen – sind hin-fällig geworden; wirtschaftliches Wachstum ist kein Garant mehr für Beschäftigungssicherung oder gar Vollbeschäftigung; im Gegenteil, Investitionen und die Expansion der Produktion können und werden immer mehr mit einer Verringerung des Arbeitsvolumens einhergehen. Jedoch Vorsicht, und damit komme ich zur *zweiten These*: *Eine Verringerung des Arbeitsvolumens muß keineswegs zwangsläufig zu einer Verringerung von Beschäftigungsmöglichkeiten führen*. Ausschlaggebend hierfür ist, wie jeweils konkret der Einsatz von Arbeitskraft im Produktionsprozeß organisiert wird, d.h. insbesondere die zeitliche und personelle Verteilung der Arbeit. Die gegenwärtig in den Betrieben vorherrschende Organisation des zeitlichen und personellen Einsatzes von Arbeitskraft haben jedoch zur Folge, daß eine Reduzierung des Arbeitsvolumens zwangsläufig auch zu einer Verringerung von Arbeitsplätzen führt. Daraus ergibt sich aber auch eine Ausweitung von Problemlagen, die in der bisherigen Sozialpolitik nach wie vor eher nur als eine Randerscheinung auftauchten: Erweist sich die Ausgliederung

aus einem Beschäftigungsverhältnis als dauerhaft, und wird somit der Risikofall zum Normalfall, haben die Betroffenen – trotz aller Erweiterung von Sozialpolitik – mit erheblichen sozialen und materiellen Deprivilegierungen zu rechnen. Damit komme ich zu einer *dritten These*. Sie heißt in Kurzform: *Worauf es gegenwärtig ankäme, wäre eine grundlegende Neuorganisation der Verteilung von Erwerbsarbeit. Dies stößt jedoch zugleich nicht nur auf vielfältige Widerstände, es zeigen sich vielmehr auch konkurrierende Entwicklungen in der Sozialpolitik.* Was heißt dies im einzelnen? Anstelle einer Aufspaltung der Bevölkerung in solche, die Erwerbsarbeit leisten und solche, die aus der Erwerbsarbeit ausgegliedert sind, wäre eine *radikale Um- und Neuverteilung von Erwerbsarbeit und eine Entlastung von Erwerbsarbeit für alle anzustreben*. Dies wäre für mich so etwas wie eine konkrete Utopie oder einfacher ausgedrückt, das, worauf es gegenwärtig ankäme. Einen konkreten Ansatzpunkt sehe ich hier darin, neue und erweiterte Möglichkeiten zu steigender Produktivität – außer zur ökonomisch-materiellen Sicherung – zu einer grundlegenden und massiven Verkürzung der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit in allen erwerbsmäßig organisierten Arbeitsbereichen zu nutzen. Dies darf aber zugleich nicht von anderen Bestandteilen des Beschäftigungsverhältnisses isoliert werden. Fragen der Arbeitsgestaltung, bis hin zur beruflichen Qualifizierung und Mitbestimmung, müßten hierauf ausgerichtet, umgestaltet und weiterentwickelt werden. Ziel einer solchen sozialpolitischen Strategie hätte es zu sein, die partikuläre Bearbeitung von Folgen des Produktionsprozesses zu überwinden und durch eine Umverteilung von Erwerbsarbeit die zeitliche, wie aber auch physisch-psychische und soziale *Beanspruchung* durch Erwerbsarbeit für alle deutlich und spürbar zu *reduzieren*. Daher heißt die Alternative zur Erwerbsarbeit auch nicht zwangsläufig nur: mehr Freizeit. Mit reduzierter Erwerbsarbeit könnte zugleich der Aufbau alternativer Formen von Arbeit einhergehen und ein individuelles Engagement in unterschiedlichen – weder nach Prinzipien der Erwerbsarbeit noch notwendigerweise betriebsförmig organisierten – Arbeitszusammenhängen möglich werden. Erst in dieser Perspektive scheint es mir auch möglich, in der Sozialpolitik anstelle staatlich-bürokratischer Versorgungssysteme stärker alternative Formen der Selbstorganisation zu entwickeln, und zwar in einer Weise, daß diese nicht nur auf bestimmte Personengruppen und Situationen *eingegrenzt und entsprechend auch marginalisiert werden können*. Jedoch – und damit komme ich zu einer eher pessimistischen, aber nach bisherigen Erfahrungen vermutlich realistischen Einschätzung zukünftiger Entwicklungen: Es wäre töricht zu glauben, daß der Einsatz neuer Produktionstechniken und Technologien quasi zwangsläufig zu einer allgemeineren Verkürzung der Arbeitszeit führen, oder daß die Reduzierung der Arbeitszeit und Entlastung von Erwerbsarbeit etwas ist, was die Gewerkschaften schon richten werden, oder daß soziale Innovationen in der Sozialpolitik sich unabhängig von einer Umgestaltung von Erwerbsarbeit erfolgreich durchsetzen lassen. Dies zu glauben, erscheint mir nicht zuletzt deshalb problematisch, weil nicht nur

Widerstände bestehen, sondern weil historische Erfahrungen wie auch gegenwärtig sich abzeichnende Tendenzen eher *auf eine andere hierzu konkurrierende Entwicklung verweisen*:

Ich sehe die Gefahr, daß gerade die Verringerung von Beschäftigungsmöglichkeiten und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit nicht zu einer gesellschaftlichen Umgestaltung von Erwerbsarbeit führen, sondern zu *einer Neustrukturierung des Zusammenspiels zwischen Erwerbsarbeit und der Ausgliederung aus einem Beschäftigungsverhältnis*. Die Interessen der Betriebe laufen – wie ich sehe – nicht in Richtung Arbeitszeitverkürzung und Entlastung von Erwerbsarbeit, sondern in Richtung einer Flexibilisierung des Personaleinsatzes, d.h. vor allem einer Verschärfung des Personalaustauschs zwischen jeweils aktuell beschäftigten und auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Arbeitskräften. Dabei ist entscheidend: wer aktuell in ein Beschäftigungsverhältnis eingegliedert ist, dessen Arbeitsvermögen soll nach wie vor in erster Linie der Erwerbsarbeit zur Verfügung stehen. Auf einen Nenner gebracht: Die mit dem Einsatz neuer Produktionstechniken mögliche Steigerung der Produktivität wird nicht zu einer Entlastung von Erwerbsarbeit genutzt, sondern zu einer schärferen Selektion bei der Ein- und Ausgliederung aus einem Erwerbsverhältnis. Dies bedeutet aber auch, daß die jeweils in ein Beschäftigungsverhältnis Eingegliederten keineswegs als Privilegierte zu betrachten sind. Für sie wird neben neuen, insbesondere psychisch-mentalenen Belastungen vor allem ein verschärftes Risiko entstehen, aus dem Beschäftigungsverhältnis wieder ausgegliedert zu werden. Diesen neuen Richtungen der betrieblichen Personalpolitik entspricht weder die zuvor umrissene Umgestaltung von Erwerbsarbeit; noch entspricht ihr aber auch der von konservativ-liberaler Seite favorisierte Abbau des Sozialstaats und die Formen, in denen Sozialpolitik gegenwärtig eine Ausgliederung aus einem Beschäftigungsverhältnis bearbeitet. Einer solchen Flexibilisierung des Personaleinsatzes entsprechen vielmehr *sozialpolitische Innovationen, die in der bisherigen Logik und den Strukturen einer Ausweitung von Sozialpolitik verbleiben*.

Meine These – eigentlich müßte ich sagen Befürchtung – ist: Sozialpolitik wird das tun, was sie immer getan hat. *Für den Fall einer Ausgliederung aus einem Beschäftigungsverhältnis wird ein Ersatz angeboten*. Heute und zukünftig geht es dabei nicht mehr nur um Lohnersatz oder die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, sondern um den Ersatz für ein Beschäftigungsverhältnis, für Arbeit. Ich halte es für wahrscheinlich, daß sich in Zukunft, neben monetären sowie Sach- und Dienstleistungen, *ein dritter Ast der Sozialpolitik entwickeln wird*. Ich will ihn hier *sozialpolitisch gestützte und organisierte Beschäftigungsverhältnisse* nennen. Folgt man den bisherigen Entwicklungen in der Sozialpolitik, so spricht allerdings wenig dafür, daß hierdurch Alternativen zur Lohn- und Erwerbsarbeit entwickelt werden und entwickelbar sind. Worauf sich Sozialpolitik richten wird, ist: sie wird einen *Ersatz für abhängige Beschäftigung* bieten; im Klartext: sozialpolitisch gestützte Beschäftigungsverhältnisse werden an die Organisation

normaler Erwerbsarbeit angeglichen und an diesem Vorbild orientiert werden. Es wäre reizvoll, hier ausführlicher die gegenwärtigen staatlichen Initiativen im Bereich des zweiten und dritten Arbeitsmarkts zu diskutieren. Sie mögen für viele angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit notwendig und sinnvoll erscheinen. Ich jedoch sehe die Gefahr, daß sie einer weiteren Entwicklung Vorschub leisten, die ich in der Retrospektive als die sozialpolitische Entproblematisierung des Produktionsprozesses bezeichnet habe. Ohne eine gesellschaftspolitische Umgestaltung von Erwerbsarbeit, die sich nicht an einzelbetrieblichen Interessen, sondern an gesellschaftlich sinnvollen und wünschbaren Zielen orientiert, *ohne eine solche Neuorganisation von Erwerbsarbeit – und dies zeigt m.E. die Geschichte der bisherigen Sozialpolitik deutlich – werden auch alternative und neue Ansätze der Organisation von Arbeit in anderen gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen behindert, eingeschränkt und marginalisiert werden.*

Mein gesellschaftspolitisches Plädoyer also: Es kann und darf keine Trennungen und Abgrenzungen zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen, zwischen denen, die Erwerbsarbeit leisten und jenen, die hiervon ausgegliedert sind, geben. Worauf es ankäme, wäre keine isolierte, sondern eine wechselseitig verschränkte und sich abstützende Entwicklung von Alternativen und sozialen Innovationen sowohl im Bereich traditioneller Erwerbsarbeit als auch in anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Ich wünschte, Soziologen könnten hierzu einen Beitrag leisten.

ANMERKUNG

- 1 Siehe zum Forschungsstand und Literatur hierzu ausführlicher den Überblick in Böhle, F.: *Produktionsprozeß und Sozialpolitik. Sozialwissenschaftliche Forschung, aktuelle Probleme, theoretische Perspektiven. Arbeitspapier des Forschungsschwerpunkts Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik an der Universität Bremen*, Bremen 1982, S. 35-62. Zu anderen Richtungen und Schwerpunkten der Sozialpolitikforschung siehe den Überblick bei Kaufmann, F., unter Mitarbeit von Rosewitz, B. und Wolf, H.: „Sozialpolitik. Stand und Entwicklung der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland“. In: *PVS Sonderheft 13/1982*, S. 344 ff. - 366; sowie die aus der Sektion hervorgegangenen Veröffentlichungen in der Reihe *Soziologie und Sozialpolitik*, Oldenburg Verlag München, und die weiteren Beiträge der Sektion Sozialpolitik in diesem Band.